

Das Wochenmagazin der SPÖ www.spoe.at



Aktuelle

„Österreich 2020“ -
Gastkommentar von
Universitätsprofessor Dr. Ralph Grossmann

10 - Nr. 30 - 0,73



Landwirtschaft:

**Förderungen
gerechter verteilen!**

Die ÖIAG ist nach Ansicht der SPÖ in der jetzt bestehenden Form nicht mehr notwendig. Schon seit langem wird eine Auflösung der obsoleten Staatsholding gefordert, die viel kostet und nichts bringt. Die jüngsten Skandale rund um ÖIAG-Chef Michaelis haben nicht nur dazu geführt, dass die sofortige Entlassung des hochbezahlten Managers eingefordert, sondern auch die Frage nach der Zukunft der Holding wieder aufs Tapet gebracht wird.

Das „Schwarzbuch Landwirtschaft“ von Hans Weiss hat eine nachhaltige Landwirtschafts-Debatte ausgelöst. Der SPÖ-Klub hat im Rahmen des SPÖ-Projekts „Österreich 2020“ eine Enquete zu den Agrarsubventionen veranstaltet. Tenor: Eine gerechtere Verteilung der Subventionen ist möglich und hoch an der Zeit.

Zur Bereicherung der Bildungsdiskussion hat „SPÖ Aktuell“ Universitätsprofessor Ralph Grossmann für einen „Österreich 2020“-Gastkommentar gewinnen können. Er tritt für mehr Entscheidungskompetenz und Eigenverantwortung für den Schulstandort ein.

Eure Redaktion

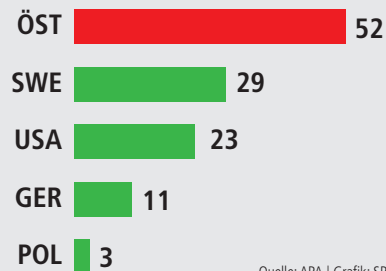
Highlights der Woche

ÖIAG	4
Interview mit Finanzstaatssekretär Andreas Schieder	5
Agrarsubventionen	8
Interview mit SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner	9
Landtagswahl Steiermark	12
„Österreich 2020“-Gastkommentar von Ralph Grossmann	14

THEMEN DER WOCHE

Gesundheitssystem

Einschätzung des Gesundheitssystems als sehr gut bzw. gut



Bestwert für Österreichs Gesundheitssystem

Das aktuelle „Gesundheitsbarometer 2010“ zeigt Erfreuliches: 52 Prozent der österreichischen Befragten bewerten das heimische Gesundheitssystem als exzellent oder sehr gut. Österreich liegt damit weit vor Schweden, das mit 29 Prozent an zweiter Stelle rangiert. Gesundheitsminister Alois Stöger bezeichnet dieses Ergebnis als „Ansporn, den von mir eingeschlagenen Weg fortzusetzen“.

Weninger vertritt Österreichs Gemeinden in Europa

Der Österreichische Gemeindebund entsendet Nationalratsabgeordneten Hannes Weninger in die Gremien der Europäischen Union und des Europarats. Mit der Nominierung in den „Ausschuss der Regionen“ der Europäischen Union und in den „Kongress der Gemeinden und Regionen Europas“ des Europarates übernimmt der Gießhübler (NÖ) zwei wichtige ehrenamtliche Funktionen auf höchster europäischer Ebene.



Zimmer

Günther Kräuter: Das permanente ÖBB-Bashing vonseiten der ÖVP ist nicht zu akzeptieren.

Kräuter mahnt „Mindestmaß an politischer Kultur“ ein

Die ÖBB war mit SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim in Kontakt, um eventuell eine Prüfung rechtlicher Fragen vorzunehmen zu lassen. Der Grund waren unternehmensschädigende und tatsachenwidrige Behauptungen in der Öffentlichkeit. Der Prüf-Auftrag kam nie zustande. Trotzdem blies ÖVP-Generalsekretär Fritz Kaltenecker nach einer anderslautenden Zeitungsmeldung zur Attacke gegen Jarolim und erklärte diesen wortgewaltig für rücktrittsreif. „Absurd“, so SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter. „ÖVP-Bundesparteibeamann Josef Pröll soll in seinen Reihen für Ordnung und ein Mindestmaß an politischer Kultur sorgen.“ Das permanente ÖBB-Bashing vonseiten der ÖVP sei jedenfalls nicht zu akzeptieren, so Kräuter, der klarstellt: „Die SPÖ wird weiterhin die Bevölkerung über die ÖVP-Verantwortung an der ÖBB-Misere aufklären.“

Zitat der Woche

„Jeder Euro, der durch eine nicht oder nicht im vereinbarten Umfang eingeführte Bankenabgabe für die Budgetkonsolidierung fehlt, muss auf anderem Wege hereingebracht werden.“

SPÖ-Finanzsprecher Jan Krainer

Gentechnikfreie Lebensmittel: Stöger bereitet eigenes Gütesiegel vor

Garantiert gentechnikfreie Lebensmittel sollen in Österreich ein eigenes Gütesiegel erhalten.

Diesen Vorschlag macht Gesundheitsminister Alois Stöger: „Die Bevölkerung ist gegen Gentechnik in Nahrungsmitteln. Wenn nun Gentechnik versteckt über Futtermittel ins Essen kommt, muss das aufgezeigt werden.“ Stöger hat die gesetzlichen Vorbereitungen für das „Gentechnikfrei-Gütesiegel“ ausarbeiten lassen. Auf Basis

des Regierungsprogramms sollen die strengereren Qualitätskriterien samt regelmäßiger unabhängiger Kontrollen umgesetzt werden.

Gesundheitsminister Alois Stöger: Derzeit enthalten 83 Prozent des konventionellen Tierfutters für die Fleischproduktion Gensoja.



Grebe



STANDPUNKT

Ergebnisse, die sich sehen lassen können

In der Großen Koalition kommt es oft zu heftigen Diskussionen. Logisch, regieren doch zwei Parteien mit unterschiedlichen Meinungen und Ideen. Ist das schlimm? Nein. Denn am Ende des Tages zählen die Ergebnisse für die Menschen, und die können sich in jedem Fall sehen lassen.

„Wer einen Blick auf die umgesetzten Reformen wirft, wird entdecken: Die Zusammenarbeit in der Koalition funktioniert.“

Die rot-schwarze Koalition macht derzeit nach außen nicht den Eindruck als wäre alles eitel Wonne. ÖBB, Wehrpflicht, ÖIAG, Agrarförderungen, Budgetkonsolidierung, Spekulationssteuer, Neue Mittelschule – eine ganze Reihe von Themen wird in den Medien als „Streitfall“ in der Regierung behandelt. Dazu kommt der starke Drang von Medienmachern, den drohenden Konflikt noch zu schüren und Ungereimtheiten zu veritablen Streits hoch zu stilisieren. Über einen Konflikt zu berichten, macht schließlich mehr Auflage als die Verkündung von gemeinsamen Resultaten. Aber es stimmt schon: Beide Parteien haben oft ganz unterschiedliche Standpunkte. So ist das in der Demokratie. Man kann darüber diskutieren, ob es dem Politikimage gut tut, Diskussionen öffentlich zu führen. Man muss sehr wachsam sein, welchen Ton man anschlägt. Gleichzeitig ist es wichtig, die unterschiedlichen Positionen der Parteien zu verdeutlichen, auch wenn diese einen Arbeitsvertrag miteinander unterschrieben haben.

Wer sich nur darauf konzentriert, was sich SPÖ und ÖVP zuweilen über die Nachrichtenagenturen ausrichten, könnte tatsächlich den Eindruck einer völlig zerrütteten Koalition gewinnen. Wer einen Blick auf die umgesetzten Reformen wirft, wird allerdings entdecken: Die Zusammenarbeit in der Koalition funktioniert. Wir haben nie behauptet, SPÖ und ÖVP wären nicht zwei



Die Bundesregierung: Nicht der kleinste Nenner, sondern die besten Ergebnisse.

unterschiedliche Parteien. Sozialdemokratie und Volkspartei haben unterschiedliche Werte und Lösungsansätze. Darauf sollte bei jeder Gelegenheit hingewiesen werden. In bestimmten Politikfeldern wird gerade zwischen den beiden großen Volksparteien besonders hart um Kompromisse gerungen. Doch bei allen Unterschieden: Am Ende zäher Debatten und Verhandlungen stehen Lösungen.

Ein nüchterner Blick auf die Fakten: Österreich hat die niedrigste Arbeitslosigkeit in Europa. Durch gezieltes Gegensteuern in Form von Arbeitsmarkt- und Konjunkturpaketen hat die größte Wirtschaftskrise der letzten Jahrzehnte unser Land nur gestreift, aber nicht voll erwischt. Die Pensionen sind weiterhin gesichert. Seit 1. September gibt es die Bedarfsorientierte Mindestsicherung. Die Neue Mittelschule wur-

de eingeführt. Es gibt eine Ausbildungsgarantie für Jugendliche bis 18 Jahre. Das Kindergeld wurde erheblich erhöht.

Gleichzeitig warten noch große Brocken darauf, von der Koalition umgesetzt zu werden: etwa eine moderne gemeinsame Schule für alle oder ein Steuersystem, in dem der Faktor Arbeit entlastet wird und Vermögenszuwächse stärker besteuert werden. Genügend Reibungsflächen sind jedenfalls vorhanden. Das ist Demokratie und für eine bessere Zukunft der Menschen in einem gerechteren Österreich zahlt sich der Einsatz aus. Es lohnt sich, dafür auch einmal heftig zu diskutieren.

Trotz Differenzen haben wir bisher nicht den kleinsten Nenner, sondern die besten Ergebnisse erzielt. Wer möchte, soll diese kleinreden. Wir gehören jedenfalls nicht dazu. ♦

WIRTSCHAFT

Die ÖIAG ist ein

Seit Wochen macht die Staatsholding ÖIAG wieder mit Negativschlagzeilen auf sich aufmerksam. Im Raum stehen Vorwürfe, die Zweifel an der Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit, Zweckmäßigkeit und Rechtmäßigkeit der Gebarung aufkommen lassen. Die SPÖ fordert daher eine Auflösung der ÖIAG.



SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas und Finanzstaatssekretär Andreas Schieder fordern eine Auflösung der obsolet gewordenen Verwaltungsebene ÖIAG.

„Pröll steht hinter Michaelis, die SPÖ hinter den Steuerzahlern.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

Finanzstaatssekretär Andreas Schieder und SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas forderten letzte Woche im Zuge einer gemeinsamen Pressekonferenz erneut die Auflösung der Österreichischen Industrieholding Aktiengesellschaft (ÖIAG). Zwar hat die Finanz- und Wirtschaftskrise bewiesen, dass strategische Beteiligungen des Staates Sinn machen – wie die Auswirkungen der Konjunkturprogramme auf Beschäftigung und Wertschöpfung eindrucksvoll bewiesen haben. Investitionen in die Infrastruktur bringen Rückflüsse und Wertschöpfungsge-

winne in der Höhe von rund 72 Milliarden Euro. Aus wirtschaftspolitischer Sicht würde das allerdings auch „ohne zwischengeschaltete Struktur ÖIAG sehr gut funktionieren“, stellte Schieder klar. Der Finanzstaatssekretär würde die Beteiligungen auf die „sachlich am naheliegendsten Ressorts“ aufteilen.

Überholte Strukturen mit überbezahlten Managern

Bezug nehmend auf die Struktur wies Rudas auf die krasse Unverhältnismäßigkeit innerhalb der Staatsholding hin: Fünfzehn Aufsichtsräte beaufsichtigen einen Vorstand, dessen einzige Aufgabe es ist, in Aufsichtsräten von drei Beteiligungen zu sitzen (Post, Telekom, ÖMV). Außerdem stellt sich für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Rudas die Frage, wie glaubwürdig eine Poli-

tik ist, die einerseits von Sparen redet und sich andererseits eine überholte Struktur mit überbezahlten Managern leistet. Der Eigentümervertreter, namentlich Finanzminister Pröll, ist den Eigentümern und somit den österreichischen Steuerzahlern verpflichtet. Derzeit stelle sich Pröll aber lieber hinter Michaelis. „Die SPÖ steht hinter den Steuerzahlern“, betonte Rudas.

Staatsholding hat 250 Millionen Euro verschwendet

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter zeigte überdies auf, dass ÖIAG-Boss Peter Michaelis 250 Millionen Euro für nicht nachvollziehbare Berateraufträge verschwendete. „In ÖIAG-Geschäftsberichten wird die Steuergeldvernichtung diffus mit Privatisierungsaufwendungen, Honoraren, Beratungsaufwendungen und sonstigen

Auslaufmodell

Aufwendungen umschrieben“, kritisiert Kräuter. Daher sei der Finanzminister gefordert, Unvereinbarkeitsregeln für eine klare Trennung von Aufsichtsratsfunktionen und Aufträgen bei börsennotierten Unternehmungen auch für staatsnahe Unternehmen festzulegen – damit „Selbstbedienung und Selbstkontrolle in Personalunion“ ausgeschlossen werden können.

ÖIAG: Zwischenebene ohne vernünftigen Sinn

Vor rund einem Jahr initiierte Bundeskanzler Werner Faymann mit seiner

Forderung nach einer Auflösung der ÖIAG die Diskussion über Sinn und Zweck der Staatsholding. Die ÖIAG sei eine Zwischenebene „mit hoch bezahlten Honoraren“, aber ohne vernünftigen Sinn und Zweck. „Diese Zwischenebene hat in Österreich nichts mehr verloren“, stellte der Kanzler am 12. Juli 2009 in der ORF-„Pressestunde“ klar. Im September desselben Jahres beauftragte Finanzminister Josef Pröll seinen Assistenten Michael Höllner, ein Konzept für die Neugestaltung der österreichischen Staatsbeteiligungen zu erstellen – was bis heute ohne bekanntes Ergebnis blieb. Jüngst bekanntgewordene

Verfehlungen von ÖIAG-Alleinvorstand Peter Michaelis erhöhen nun den Druck auf den Finanzminister. Medienberichten zufolge wurden Bonuszahlungen an Michaelis im Umfang von 350.000 Euro erst im September 2009 für das Geschäftsjahr 2009 beschlossen – entgegen der üblichen Vorgangsweise, dass Ziele für Bonuszahlungen im Voraus festgelegt werden. 2010 wurde diese Vorgangsweise ebenfalls gewählt. Brisantes Detail: Die Bonifikationen wurden nur mit dem dreiköpfigen Präsidium des Aufsichtsrates der ÖIAG vereinbart. Alle anderen Aufsichtsratsmitglieder wurden nicht informiert. ♦

HINTERGRUND

Stimmen zur ÖIAG

Selbst ÖVP-nahe Wirtschaftstreibende und -Politiker sprechen sich für eine Auflösung der Staatsholding zugunsten einer schlankeren Verwaltung und mehr Effizienz aus.

„Man sollte sie auflösen und würdevoll stilllegen. (...) Das ist maximal ein Halbtagsjob.“

Claus Raidl, Unternehmer, Wirtschaftsblatt, 17. 2. 2009

„Nichts hält Ditz (...) von Versuchen, 'die Rolle der ÖIAG mit Gewalt neu zu definieren'. Damit würde letztlich nur 'ein neues staatliches Einflussgebilde' geschaffen. (...) Die Kontrollkette über ÖIAG-Aufsichtsrat und Vorstand an die Unternehmensgremien wäre 'eine Kaskade, wo Verantwortung verloren geht'.“

Johannes Ditz, Ex-ÖVP-Minister und ÖIAG-Chef, SN, 14. 9. 2010

Interview mit Reinhold Mitterlehner, Wirtschaftsminister in Oberösterreichische Nachrichten, 20. 9. 2010:

„Soll der Verbund in die ÖIAG integriert werden?“

Mitterlehner: „Man muss die Frage diskutieren, ob das Sinn macht. Tatsache ist, dass (...) wir mit unserer aktiven Rolle und der unmittelbaren Zuständigkeit für den Verbund in der Wirtschaftskrise rasch reagieren konnten.“

„Heißt das übersetzt, dass Sie mit der ÖIAG dann keine so große Freude haben?“

Mitterlehner: „Richtig.“

INTERVIEW

„Beim Sparen mit gutem Beispiel vorangehen“

Wie sinnvoll die ÖIAG heute noch ist und wie Staatsbeteiligungen alternativ dazu aussehen könnten, erklärte Finanzstaatssekretär **Andreas Schieder** im Interview mit „SPÖ Aktuell“.



Finanzstaatssekretär Andreas Schieder ist überzeugt, dass sich die drei Staatsbeteiligungen effizienter organisieren lassen.

„SPÖ Aktuell“: Herr Staatssekretär, Sie fordern eine Auflösung der ÖIAG. Warum?

Andreas Schieder: Um drei Beteiligungen des Bundes zu verwalten, braucht es keine eigene, sündteure und ineffiziente Zwischenebene mehr. Wenn wir schon über Sparen reden, sollten wir auch mit gutem Beispiel vorangehen.

Wie sehen Alternativen dazu aus?

Schieder: Es ist nicht unüblich, Staatsbeteiligungen direkt von Ministerien verwalten

zu lassen. Das funktioniert auch bei vielen anderen Staatsbeteiligungen – vom Verbund bis zu den Bundesforsten – gut.

Wer soll OMV-, Post- und Telekom-Anteile künftig verwalten?

Schieder: Diese Diskussion ist derzeit noch nachrangig. Zu allererst gilt es, den Finanzminister vom fehlenden Nutzen der ÖIAG zu überzeugen, dann können wir über Detailfragen diskutieren – auch ÖVP-intern wächst der Druck. Grundsätzlich bin ich aber für sachlich naheliegende Lösungen. Schon vor einem Jahr

hatte Pröll angekündigt, ein Konzept für die Neugestaltung von Staatsbeteiligungen auf den Tisch zu legen. Bis heute ist nichts passiert.

Soll als erster Schritt ÖIAG-Alleinvorstand Peter Michaelis abberufen werden?

Schieder: Michaelis schreit mit seinem Versagen in allen Fragen und fragwürdigen Bonifikationen förmlich nach seiner Ablöse. Es ist höchste Zeit. Ohne Michaelis fällt eine geordnete Auflösung sicherlich leichter. ♦

FAMILIENRECHT

Heinisch-Hosek für fixes Besuchsrecht nach der Scheidung

Frauenministerin Heinisch-Hosek will mit einer neuen Regelung das größte Konfliktfeld nach der Scheidung entschärfen: Väter sollen ein fixes Besuchsrecht bekommen.



Fotolia überzeugt. Deshalb legt die Frauenministerin nun drei konkrete Vorschläge in der Diskussion um eine Reform des Familienrechts vor:

1. Recht auf Mindest-Besuchszeit

Der Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, soll das Recht auf ein Mindestmaß an Besuchszeiten haben – sowohl bei einvernehmlichen als auch bei strittigen Scheidungen. Vorstellbar wäre etwa ein Ausmaß von zwei Mal zwei Tagen im Monat. Ausnahmen müsse es natürlich geben – etwa bei Gewalt oder wenn das Kindeswohl gefährdet ist.

2. Verfahren beschleunigen

Strittige Scheidungs- und Obsorgeverfahren können oft Jahre dauern – eine Belastung für alle Betroffenen, die sich nicht darauf einstellen können, wie es nach der Trennung weitergeht. Heinisch-Hosek will, dass Verfahren zum Besuchsrecht maximal ein Jahr dauern

dürfen. Von den 189 zusätzlichen Planstellen, die das Justizressort bekommen hat, sollten deshalb einige für FamilienrichterInnen verwendet werden.

3. Verpflichtende Elternberatung

Paare, die vor oder mitten in einem Scheidungsverfahren stehen, brauchen oftmals Unterstützung in dieser emotionsgeladenen Situation. Heinisch-Hosek wünscht sich deshalb eine verpflichtende Elternberatung, damit Lösungen im Interesse des Kindes getroffen werden. Unterstützung dafür kommt auch von SPÖ-Frauensprecherin Gisela Wurm: „Eltern müssen vor der Obsorgeentscheidung ihre Konflikte lösen.“ Eine automatische gemeinsame Obsorge, wie das Justizministerin Bandion-Ortner will, löst den Konflikt nicht, ist auch Wurm überzeugt.

Erste positive Signale zu diesen Vorschlägen gibt es vom Koalitionspartner schon. Vor allem die verpflichtende Mindest-Besuchszeit ist für Bandion-Ortner vorstellbar. ♦

Über 20.619 Kinder waren im Jahr 2009 von Scheidung betroffen – damit sie den Kontakt zu beiden Eltern nicht verlieren, will Heinisch-Hosek neue Regeln zum Besuchsrecht.

Für einen Großteil der Väter ist bei Scheidungen das Besuchsrecht und nicht die Obsorge das Problem“, ist Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek

die sich nicht darauf einstellen können, wie es nach der Trennung weitergeht. Heinisch-Hosek will, dass Verfahren zum Besuchsrecht maximal ein Jahr dauern

FAMILIENBERICHT

Familienarbeit bleibt den Frauen

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

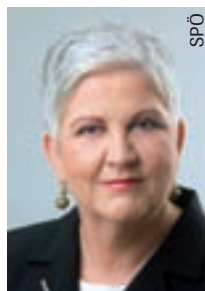
Zahl der Familien wird steigen

Aktuelle Zahlen aus dem Familienbericht:

- ▶ Die Zahl der Familien wird bis 2050 um rd. 12 Prozent auf 2,6 Millionen ansteigen.
- ▶ Zunehmen wird auch die Zahl der Lebensgemeinschaften – die Menschen heiraten seltener.
- ▶ Das Erstgeburtsalter der Österreicherinnen lag 2008 bei 28,1 Jahren.
- ▶ Die Zahl der Scheidungen ist zwischen 1961 und 2008 von 13,8 auf 47,8 Prozent gestiegen.

An der Aufgabenverteilung zwischen Frauen und Männern hat sich wenig geändert, zeigt der neue Familienbericht. Als Konsequenz fordert die SPÖ mehr Kinderbetreuungsplätze v.a. für die unter Dreijährigen.

Obwohl die Zahl der Frauen, die berufstätig sind, in den letzten zehn Jahren gestiegen ist, hat sich an der Aufteilung der unbezahlten Arbeit im Haushalt und bei der Kinderbetreuung wenig geändert – die Familienarbeit bleibt weiterhin überwiegend Sache der Frauen, zeigt der Familienbericht 1999-2009. Ziel müsse sein, die Beteiligung der Väter zu erhöhen



SPÖ-Familiensprecherin
Gabriele Binder-Maier

und Beruf und Familie für beide Eltern besser vereinbar zu machen, so SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier. „Der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen muss deshalb auch in Zeiten des Sparens fortgesetzt werden“, fordert die Abgeordnete. Denn gerade bei den Plätzen für unter Dreijährige hinkt Österreich im Europa-Vergleich deutlich hinterher. ♦

FINANZEN

Budgetsanieierung muss sozial gerecht sein

Die Wirtschaftsentwicklung könnte besser ausfallen als erwartet. An einer sozial gerechten Budgetsanieierung darf das nichts ändern.



60 Prozent ausgabenseitig, 40 Prozent einnahmenseitig – so die Koalitions-Vereinbarung für eine gerechte Budgetsanieierung.

Wenn die Wirtschaftsdaten für das nächste Jahr besser sind als bis jetzt angenommen, dann sinkt auch der notwendige Konsolidie-

rungsbedarf. Eine erfreuliche Entwicklung, die aber nicht bedeutet, dass die Budgetsanieierung nicht trotzdem ausgeglichen erfolgen muss. Denn in der Koalition ist ausgemacht, dass das Budget im Verhältnis 60:40 saniert wird. Das heißt, 60 Prozent des gesamten Konsolidierungsbedarfs werden ausgabenseitig, also durch Kürzung von Staatsausgaben, und 40 Prozent einnahmenseitig eingebracht. Diese Vereinbarung gilt auch, wenn sich die Vorhersagen der Wirtschaftsforscher ändern. Nur so ist gesichert, dass die Budgetsanieierung gerecht erfolgt. „Das heißt, dass auch jene, die es sich mehrleisten können oder die für die Ursachen der Krise mitverantwortlich sind, ihren gerechten Anteil leisten sollen“, betont SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas – und verweist auf SPÖ-Forderungen wie Bankenabgabe und Finanztransaktionssteuer. Mit insgesamt acht Punkten für mehr Verteilungsgerechtigkeit hat die SPÖ den Weg zu einer solchen gerechten Budgetsanieierung aufgezeigt. ♦

KURZ & BÜNDIG

Acht Maßnahmen für mehr Verteilungsgerechtigkeit

- » Banken-Solidarabgabe
- » Finanztransaktionssteuer (alternativ dazu: Börsenumsatzsteuer)
- » Finanzvermögenszuwachssteuer (Spekulationsfristen streichen, Steuerschlupflöcher stopfen)
- » Reform der Stiftungsbesteuerung
- » Ende der Absetzbarkeit von Managergagen über 500.000 Euro
- » Reform der Gruppenbesteuerung
- » Verhindern von Steuerhinterziehung bei Finanzgeschäften
- » Besteuerung von Vermögen über 1 Million Euro

LANDESVERTEIDIGUNG

Wehrpflicht bestes System

Für die SPÖ steht fest, dass sie derzeit das effizienteste System ist und daher bei behalten werden soll.

Für Bundeskanzler Werner Faymann ist klar, dass die allgemeine Wehrpflicht Voraussetzung zur Aufrechterhaltung der Aufgaben des Bundesheers ist. Das Bereitstellen von 10.000 Soldatinnen und Soldaten für den Katastrophenfall – wie es beispielsweise beim Jahrhunderthochwasser im Jahr 2002 notwendig war – ist nur durch den Einsatz von Grundwehrdienern möglich gewesen. Solange es also kein besseres System gibt, werde man am bewährten System festhalten.

Ein Berufsheer, so betont Verteidigungsminister Norbert Darabos, würde Österreich jedenfalls teurer als eine Miliz- und Wehrpflichtigenarmee kommen, weil hier beispielsweise Soldaten mit höheren

Gehältern am freien Markt rekrutiert werden müssten. Auch SPÖ-Wehrsprecher Stefan Prähauser sieht momentan keine Alternative zur Wehrpflicht. Einer seriösen Diskussion will er sich aber keinesfalls verschließen. Prähauser erwartet sich viel von der von Verteidigungsminister Darabos angekündigte neue Verteidigungsdoktrin: „Man muss sich zuerst darüber im Klaren sein, was man vom Österreichischen Bundesheer verlangt. Dann kann darüber gesprochen werden, welche Ressourcen es dafür braucht“. ♦

Die allgemeine Wehrpflicht ist Grundvoraussetzung für die Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgaben des Österreichischen Bundesheeres.



LANDWIRTSCHAFT

Zeit für Gerechtigkeit

Bei den Agrarförderungen liegt einiges im Argen, wie zuletzt durch das „Schwarzbuch Landwirtschaft“ einmal mehr deutlich wurde. Auf Einladung von SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner hat sich der SPÖ-Parlamentsklub bei einer Enquete eingehend mit dem Thema befasst.

„Arbeit muss das entscheidende Förderkriterium sein und nicht etwa die Größe der bewirtschafteten Fläche.“

SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner

Das Grundübel der österreichischen Agrar-Förderlandschaft ist die Tatsache, dass nach der Größe der bewirtschafteten Fläche gefördert wird. So werden – unter der fadenscheinigen Begründung, ein stabiles Einkommen zu gewährleisten – Großbauern und Agrarkonzerne nach denselben Kriterien gefördert wie hart arbeitende Bergbauern. Zu welchen wirklich haarsträubenden Auswüchsen das führt, hat „Schwarzbuch“-Autor Hans Weiss, bei einer von SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner initiierten Enquete des SPÖ-Parlamentsklubs im Rahmen der Initiative „Österreich 2020“ vorgerechnet: In Österreich gibt es rund 160.000 Bauern, die 50.000 kleinsten Betriebe erhalten im Durchschnitt 2.000 Euro Förderungen pro



Fotos: Zinner

An der engagiert geführten Diskussion beteiligten sich neben SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier und Vertretern der SPÖ-Bauern auch Vertreter der IG-Milch, der Arbeiterkammer und der Bio-Bauern.



Jahr. Die „größten“ – etwa 2.100 – erhalten durchschnittlich 75.000 Euro Förderungen im Jahr. Von diesen Förderungen profitieren in hohem Maße Hobby-Bauern wie Magna-Chef Siegfried Wolf, der Banker Julius Meinel oder Wolfgang Porsche, so die Rechercheergebnisse des „Schwarzbuch“-Autors. Ein weiteres pikantes Detail ist, dass auch Agrarfunktionäre mit rund 100 Millionen Euro zu den großen Nutznießern der Agrarförderungen zählen. Insgesamt geht es um Förderungen in Höhe von 2,2 Milliarden Euro.

Arbeit statt Hektar fördern

Höchste Zeit für einen Paradigmenwechsel bei den Landwirtschaftsförderungen, findet SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner: „Arbeit muss das entscheidende Förderkriterium

sein und nicht etwa die Größe der bewirtschafteten Fläche.“ Für die SPÖ ist das Ziel somit klar. Es braucht eine Landwirtschaftspolitik, die auch kleine Betriebe leben lässt. Als wichtigen Beitrag dazu nennt SPÖ-Klubobmann Josef Cap die beschlossene Transparenzdatenbank. „Man muss sie als Gesamtkunstwerk begreifen und alle Förderebenen – also Bund, Länder, Gemeinden – durchleuchten“, so Cap. Dabei geht es nicht um Neid oder darum, Sozialabbau zu betreiben wie die ÖVP das will, sondern, um mehr Gerechtigkeit. „Unser Motto ‚Zeit für Gerechtigkeit‘ gilt selbstverständlich auch für den Bereich der Landwirtschaft und der Agrarförderungen“, versichert der SPÖ-Klubobmann.

Die Bemühungen der SPÖ tragen bereits Früchte wie jüngste Äußerungen des Landwirtschaftsministers zeigen.

„Schwarzbuch-Landwirtschaft“-Autor Hans Weiss gab einen kurzen Überblick über seine Rechercheergebnisse und stand im Anschluss den Teilnehmern Rede und Antwort.

im Agrarbereich

„Unser Motto ‚Zeit für Gerechtigkeit‘ gilt selbstverständlich auch für den Bereich der Landwirtschaft und der Agrarförderungen.“

SPÖ-Klubobmann Josef Cap

„Wenn Berlakovich laut über Obergrenzen bei Agrarförderungen und Umschichtungen in Richtung kleiner und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe nachdenkt, sind wir einen großen Schritt weiter“, begrüßt die Vorsitzende der SPÖ-Bauern, Monika Kaufmann, das Umdenken beim Landwirtschaftsminister. Die SPÖ-Bauern fordern eine Obergrenze bei Förderungen für die Agrarindustrie sowie Stiftungen und Gutsbetriebe. Auch Wirtschaftsbetriebe sollen keine Landwirtschaftsförderungen bekommen. „Entscheidend ist, dass ausschließlich aktive Landwirtschaftsbetriebe Agrarförderungen erhalten“, unterstreicht Kaufmann.

Förderungen für Qualitätsmerkmal „gentechnikfrei“

Mit einer innovativen Forderung für diesen Bereich lassen SPÖ-Agrarsprecher Gaßner und SPÖ-Konsumentenschutzsprecher Johann Maier aufhorchen. Sie wollen Agrarförderungen an das Qualitätsmerkmal „gentechnikfrei“ – und zwar in jedem Produktionsschritt – knüpfen. „Über ein Qualitätszeichen ‚gentechnikfrei‘ kann ein Mehr an Fördergerechtigkeit erreicht werden“, ist sich Maier sicher und verspricht sich vor allem Vorteile für kleine und mittlere Landwirtschaftsbetriebe. Schließlich profitieren vor allem die Agrarindustrie und Großbauern vom Einsatz genmanipulierter und daher günstiger Futtermittel. „Die Bevölkerung wünscht sich gentechnikfreie Lebensmittel. Daher halten wir es für sinnvoll, diesem Wunsch durch Förderanreize, die schließlich durch Steuergeld finanziert werden, Nachdruck zu verleihen“, betonen Maier und Gaßner.

Gesundheitsminister Alois Stöger macht sich aktuell mit einer Initiative für ein staatlich anerkanntes und kontrolliertes Gütezeichen „gentechnikfrei“ stark, das zu mehr Transparenz und Konsumenteninformation beitragen soll. ◆

INTERVIEW

„Österreichs kleinstrukturierte Landwirtschaft muss erhalten bleiben“

SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner nimmt im „SPÖ Aktuell“-Interview zu ungerechten Agrarförderungen Stellung und stellt die Gegenkonzepte der SPÖ vor.

„SPÖ Aktuell“: Jüngst ist eine Diskussion um Agrarförderungen für Gutsherren, Großgrundbesitzer und die Agrarindustrie in Gang gekommen. Was sind Ihre Standpunkte?

Kurt Gaßner: Es muss auf alle Fälle eine Obergrenze bei den Agrarförderungen geben – und zwar zugunsten kleiner und mittlerer Landwirtschaftsbetriebe. Das ist notwendig, damit wir unsere kleinstrukturierte Landwirtschaft erhalten können. Ich bin der Überzeugung, dass die kleinen und mittleren Betriebe, die Landwirte, die unseren ländlichen Lebensraum erhalten und wesentlich mitgestalten, davon profitieren sollen, dass in Zukunft oben gestrichen wird. Für die SPÖ ist klar, dass es hier gerechter zugehen muss.

Im Bereich der Agrarpolitik spielt die Europäische Union eine entscheidende Rolle. Was erwarten Sie sich von der gemeinsamen Agrarpolitik?

Gaßner: Die zukünftige Agrarpolitik der EU muss sicherstellen, dass unsere österreichischen Betriebe weitestgehend erhalten bleiben können. Wir haben eine von der Topografie her gesehen besondere Situation. Ländliche Lebensräume, in denen nicht nur Bauern, sondern auch Angehörige anderer Berufe leben, müssen als Lebenswelten erhalten bleiben. Das ist nur möglich, wenn es zu mehr Gerechtigkeit bei der Fördergeldverteilung kommt. Es dürfen nicht weiterhin zehn bis 20 Prozent der Förderempfänger 80 Prozent der Fördergelder abkassieren, während der Rest um Almosen darben muss.



SPÖ-Agrarsprecher Kurt Gaßner fordert mehr Gerechtigkeit im Bereich der Agrarförderungen

Wie kommt es zu den beschriebenen Ungerechtigkeiten bei der Förderverteilung?

Gaßner: Das Problem sind die Kriterien nach denen gefördert wird. Derzeit richtet sich die Fördermenge hauptsächlich nach der Größe des Betriebes. Davon profitieren Großbauern und Gutsherren. Wir machen uns dafür stark, dass Arbeit und nicht Hektar gefördert werden. Uns geht es um die hart arbeitenden Bäuerinnen und Bauern, die vom Ergebnis ihrer täglichen Arbeit leben müssen und nicht um schwer reiche Hobbybauern, die für sich arbeiten lassen und Förderungen kassieren. ◆

EU-GIPFEL

Gleiche Regeln für alle

Die Gespräche des Gipfeltreffen der Staats- und Regierungschefs sowie der 27 Außenminister in Brüssel waren beherrscht von der Roma-Frage.



EU-Gipfel in Brüssel: Bundeskanzler Werner Faymann ist stolz auf den zivilisierten Umgang mit Roma in Österreich.

Am Anfang stand ein Eklat: Der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy konnte es nicht fassen, dass die EU-Kommission seiner Regierung mit einem Vertragsverletzungsverfahren drohte, weil Roma massenweise aus Frankreich nach Rumänien und Bul-

garien abgeschoben werden. Es kam zu Ausfälligkeiten. Auch empörte sich der französische Europaminister darüber, dass einem großen Staat wie Frankreich mit einem solchen Verfahren gedroht werde. Der Vizepräsident der S&D-Fraktion, Hannes Swoboda erklärte dazu, dass auch für

ein großes Land wie Frankreich selbstverständlich die gleichen Regeln wie für kleine Mitgliedstaaten zu gelten haben.

Trotz dieser schlechten Begleitumstände konnte beim EU-Gipfel ein Weg zu einer Lösung gefunden werden. Bundeskanzler Werner Faymann sagte, dass EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso beauftragt worden sei, einen Vorschlag für „Standards“ zu machen, wie Roma-Minderheiten behandelt werden. Dabei gehe es um Fragen der Schulbildung für Kinder und finanzielle Mittel, deren Empfänger und entsprechende Projekte. Faymann kritisierte aber indirekt auch Frankreichs Abschiebungen, bei denen Roma mit Unterstützungszahlungen in ihre Heimatländer zurückgeführt werden. „Inhaltlich gibt es große Solidarität, dass man Armut nicht mit Prämiensystemen lösen kann.“ Er sei nicht der einzige Regierungschef, der stolz darauf sei, in seinem Land einen anderen Umgang mit Roma zu haben. Faymann wolle im Zuge der weiteren Roma-Debatte auch Fragen der Migration und der Armutsbekämpfung ansprechen. ♦

EUROPA

Klare Front gegen EU-Kompetenzüberschreitung

Premiere: Gegen die Pläne zur Vereinheitlichung der nationalen Regelungen des Arbeitsmarktzugangs für Nicht-EU-Bürger wird mit einer Subsidiaritätsrüge vorgegangen.

SPÖ Klub



Österreich wehrt sich mit einer von der SPÖ initiierten Subsidiaritätsrüge gegen Sozial- und Lohndumping (SPÖ-Europasprecherin Christine Muttonen und SPÖ-Sozialsprecherin Renate Csörgits).

gen des Zugangs zum Arbeitsmarkt erheblich eingeschränkt würde – damit droht Sozial- und Lohndumping. Die beiden geplanten EU-Richtlinien, gegen die vorgegangen wird, betreffen Saisonarbeitskräfte sowie konzerninterne Entsendungen. ♦

IMPFUNGEN

Besser vorbeugen

EU-Abgeordnete Karin Kadenbach hat im Europäischen Parlament eine Debatte über das Impfen gestartet.

Bei Krankheiten wie Röteln und Masern ist die Infektionsquote gestiegen. Der Grund: die Impffreudigkeit hat abgenommen. „Kinderschutzimpfungen sind sehr wichtig“, sagt EU-Abgeordnete Karin Kadenbach. „Viele Eltern informieren sich über Impfungen aus unzuverlässiger Quelle, etwa im Internet. Das führt oft zu unbegründeten Ängsten vor Nebenwirkungen.“ Deshalb hat Karin Kadenbach, die im Europäischen Parlament im Ausschuss für Gesundheitsfragen arbeitet, eine Debatte über das Impfen gestartet. „Wir dürfen uns nicht in einer trügerischen Sicherheit wiegen, sondern müssen unsere Kinder schützen.“ ♦

EU-Abgeordnete Karin Kadenbach will Impfen wieder populär machen.



Globalisierung

Gemeinwohl-Ökonomie

Der Globalisierungskritiker Christian Felber präsentiert mit seinem Buch eine Alternative zum kapitalistischen Wirtschaftsmodell.

Finanzblasen, Arbeitslosigkeit, Armut, Klimawandel, Migration. Mit seiner „Gemeinwohl-Ökonomie“ will Felber, Attac-Mitbegründer, eine Antwort auf die Krisen der Gegenwart geben, deren Ursachen für ihn eine gemeinsame Wurzel haben: Das Gewinnstreben und Konkurrenzdenken im gegenwärtigen Wirtschaftssystem. Seine „Gemeinwohl-Ökonomie“ vertritt den Anspruch, „menschlicher“ und „effizienter“ als die derzeitigen Formen der Marktwirtschaft zu sein, indem sie Verhaltensweisen und

Werte wie Vertrauensbildung, Wertschätzung, Kooperation und Solidarität fördert und belohnt. „Laut wissenschaftlicher Forschung werden Menschen in einem solchen Anreizrahmen stärker motiviert als durch Konkurrenz und Egoismus“, heißt es im Vorwort. „[...] mit dem Wahrnehmen der Verbundenheit aller und der daraus resultierenden Kooperation und Gemeinwohlorientierung werden wir weitergehende Freiheit erfahren als in der kapitalistischen Ellbogengesellschaft“, so Felber. ♦

Zeitgeschichte

Die Radikalität des Alters

Die renommierte Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich blickt zurück auf ihr Leben und reflektiert über Verdrängung, Emanzipation und das Älterwerden.

Mit über neunzig Jahren wendet sich die Psychoanalytikerin, Medizinerin und Mitbegründerin des Sigmund-Freud-Instituts in Frankfurt mit großer Entschiedenheit nochmals den großen Fragen ihres Lebens zu: Dem Vergessen und Verdrängen und der Unfähigkeit der Deutschen zu trauern. Der Emanzipation im weitesten Sinne, also der Befreiung von Denkeinschränkungen, Vorurteilen und Ideologien widmet sich Mitscherlich ebenso wie der im engeren

Sinne – der Emanzipation der Frau und ihrer Stellung in der Gesellschaft, den Geschlechterrollen sowie männlichen und weiblichen Werten. Zugleich reflektiert Mitscherlich das Älter- und Altwerden und beschreibt mit großer Offenheit, wie es ihre Sicht auf die Dinge prägt. Nicht zuletzt beschreibt sie schließlich mit dem geschulten Blick der Psychoanalytikerin ihr Leben und Lebenswerk. Ein bewegendes Zeugnis lebendiger Zeitgeschichte. ♦

Wirtschaft

Die Spur des Öls

Bertram Brökelmann wagt nicht nur einen Ausblick auf die Zukunft des Öls, sondern beleuchtet die lange Geschichte des Handels mit dem schwarzen Gold.

Bertram Brökelmann, Besitzer einer der größten deutschen Speiseöl-Raffinerien, zeigt politisches Kalkül in Vergangenheit und Gegenwart auf und wagt eine Vorschau auf das Ende des Öls. In seinem Grundlagenwerk versammelt er alle wichtigen Fakten über den Treib- und Zündstoff auf aktuellstem Niveau. Lange Erfahrung, detaillierte Kenntnisse und kritischer Weitblick haben seine Analyse tiefgründig, informativ und umfassend werden lassen.

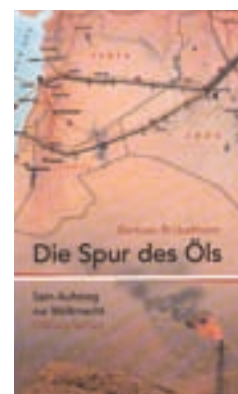
Sie zeigt, wie Öl die Welt kleiner, das Leben schneller und den Menschen gieriger gemacht hat. Wie kein zweites Buch zum Thema schlägt „Die Spur des Öls“ dabei den Bogen vom Pflanzenöl als Brennstoff seit der Antike, über Leuchtpetroleum und Autobenzin bis hin zum drohenden Versiegen der Ölquellen in naher Zukunft. Brökelmann liefert alles, was man schon immer über den Schmierstoff des Weltgeschehens wissen wollte. ♦

☐ Stk.


Christian Felber:
Gemeinwohl-Ökonomie.
Das Wirtschaftsmodell der Zukunft.
Deuticke Verlag, Wien 2010;
160 S., 16,40 €

☐ Stk.


Margarete Mitscherlich:
Die Radikalität des Alters.
Einsichten einer Psychoanalytikerin.
S. Fischer Verlag, Frankfurt/Main 2010; 272 S., 19,50 €

☐ Stk.


Bertram Brökelmann:
Die Spur des Öls. Sein Aufstieg zur Weltmacht.
Osburg Verlag, Berlin 2010;
624 S., 30,80 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der **Buchhandlung Löwelstraße**
1014 Wien, Löwelstraße 18
Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534
27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



STEIERMARK

Für eine starke Steiermark



Am 26. September geht es bei den Landtagswahlen in der Steiermark um viel: Nämlich um weitere fünf Jahre, in denen es Land und Leuten gut geht. Landeshauptmann Franz Voves und sein Team stehen für eine starke und soziale Steiermark, in der dank Franz Voves viel weitergegangen ist.

Unter der Führung von Landeshauptmann Voves wurde massiv in Forschung und Entwicklung, Bildung und Infrastruktur und vor allem in gezielte Wirtschaftsförderung investiert. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Denn die Steiermark steht trotz Wirtschaftskrise und trotz des permanenten parteitaktisch motivierten Schlechtmachens sei-



Fotos: Gallhofer



Viel Zeit nimmt sich der steirische Landeshauptmann bei seiner „Begegnung mit Franz Voves“-Tour für Gespräche mit den Menschen.

Landtagswahl bringt zwei Neuerungen: Erstmals dürfen diesmal auch die 16- bis 18-Jährigen mitstimmen und es gibt auch die Möglichkeit der Briefwahl.

Infos dazu unter:

www.stmk.spoe.at/steiermark/landtagswahl-2010/allgemeine-informationen

**Gut für Land und Leute:
Das 12-Punkte-Zukunfts-
programm von Franz Voves**

Landeshauptmann Franz Voves tritt mit einem konkreten 12-Punkte-Zukunftsprogramm an: Wichtige Ziele sind u.a. eine Strukturreform des Verwaltungsapparats für ein bürgernahes Service, eine steirische Lehrlingsoffensive sowie steirische Gesundheitszentren und die Neue Mittelschule im ganzen Land. Landeshauptmann Franz Voves machte deutlich, dass er für die Verwirklichung dieser Ziele seine „ganze Kraft einsetzen wird – für fünf weitere Jahre, in denen es Land und Leuten gut geht“.

tens der ÖVP sehr gut da. Die Standorte haben sich äußerst positiv entwickelt, Franz Voves hat für mehr soziale Harmonie in der Steiermark gesorgt – und auch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hat die Steiermark die Nase vorn. Ein ganzes Bündel an Maßnahmen hat dafür gesorgt, dass die Arbeitslosigkeit in der Steiermark um mehr als 17 Prozent zurückgegangen ist – österreichweit ist das der stärkste Rückgang. Bei der Wahl

am 26. September (deren Ausgang bei Redaktionsschluss noch offen war) geht es um die Fortsetzung dieser erfolgreichen Arbeit von Franz Voves und seinem Team. Von besonderer Wichtigkeit wird daher auch die Wahlbeteiligung sein. Zu hoffen ist, dass möglichst viele Steirerinnen und Steirer von ihrem demokratischen Wahlrecht Gebrauch machen und über die Zukunft ihres Landes mitbestimmen. Apropos Wählen: Die steirische

NATURSCHUTZ

Verbund-Kapitalerhöhung darf keine Lizenz zur Naturzerstörung sein



SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter nimmt bezüglich der Verbund-Kapitalerhöhung ÖVP-Umweltminister Berlakovich in die Pflicht: Die 510 Millionen-Finanzspritze für den Verbund darf keine Lizenz zur Naturzerstörung sein.

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter, der auch Präsident des größten heimischen Fischereiverbandes VÖAFV (Verband der Österreichischen Arbeiterfischereivereine) ist, fordert von Berlakovich eine ökologische Garantie: „Ich verlange als Parlamentarier und Verantwortungsträger für 60 österreichische Fischereivereine im Zusammenhang mit den für den Ausbau der Wasserkraft eingesetzten Steuergeldern einen sorgsam Umgang mit den letzten frei fließen-

den Gewässerstrecken.“ So müsse es einerseits „no go areas“ geben – also Tabuzonen, um letzte Naturjuwelen künftigen Generationen erhalten zu können. Außerdem müsse der Umweltminister dafür sorgen, dass es bei Kraftwerksbauten eine Garantie zum Erhalt der Fischfauna über ökologisch einwandfreie Fischaufstiegshilfen gibt.

Für ausgewogenes Verhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie

Berlakovich solle sofort eine inakzeptable Bestimmung im Entwurf einer Novelle zum Wasserrechtsgesetz ändern, wonach in Zukunft die Fischpassierbarkeit von Fließgewässern der E-Wirtschaft überlassen werden soll. Kräuter: „Ich habe keine Erklärung, warum ein Umweltminister eine derartige Bestimmung in einem Entwurf zulässt. Noch Ende Juni 2009 haben



Arbeiterfischer-Präsident, SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter: Die Kapital-spritze für den Verbund darf keine Lizenz zur Naturzerstörung und Vernichtung der Fischfauna sein.

Bundeskanzler Werner Faymann und Umweltminister Berlakovich ausdrücklich ein ausgewogenes Verhältnis von Ökonomie und Ökologie bei Flussverbauungen festgelegt.“ Es könne nicht sein, dass die steuerzahlende Bevölkerung über die Verbund-Kapitalspritze die Vernichtung der heimischen Fischfauna mitfinanziert, so Kräuter. ♦

SPÖ FRAUEN

„Wer verdient was?“



Frauen verdienen für die gleiche Arbeit um bis zu 18 Prozent weniger als Männer. In einer großen Straßenaktion werden die SPÖ Frauen genau diesen Missstand thematisieren.

Schluss mit den Geheimnissen rund ums Gehalt



FRAUEN WOLLEN MEHR.
www.frauen.spoe.at

„Wer verdient was? Schluss mit den Geheimnissen rund ums Gehalt“ – unter diesem Titel werden die SPÖ Frauen am Tabuthema Gehalt rütteln und Frauen und Männern die zukünftigen Möglichkeiten der Einkommenstransparenz aufzeigen. Die Kampagne der SPÖ Frauen findet österreichweit rund um den Equal Pay Day statt, der heuer auf den 29. September fällt. Auftakt zur Kampagne ist am 29. September um 11.30 Uhr am Rochus-Markt in Wien mit u.a. Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek, Vizebürgermeisterin Renate Brauner, Frauenstadträtin Sandra Frauenberger, Gesundheitsstadträtin Sonja Wehsely sowie SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin Andrea Mautz. ♦

WIEN

Das 3. Wiener Forschungsfest



Innovativ und vielfältig – so präsentierte sich das zweitägige „3. Wiener Forschungsfest“, das von Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Vizebürgermeisterin Renate Brauner eröffnet wurde.

Für Bürgermeister Häupl ist klar: „Die Zukunft jeder Stadt basiert auf Forschung, Innovation und Technologie.“ Vizebürgermeisterin Brauner betonte, dass Forschung und Innovation „der Schlüssel zur erfolgreichen Zukunft des Wirtschaftsstandortes Wien“ seien. Deshalb unterstützt die Stadt Wien die Universitäten und versucht, „junge Wissenschaftler nachhaltig an die Stadt zu binden“, so Häupl. In einem großen „Forschungszelt“ wurden den zahlreichen Besucherinnen und Besuchern 50 innovative Projekte vorgestellt. Auch das Wiener Riesenrad stand ganz im Zeichen der Forschung: In den Gondeln gab es spannende Wissenschaftsvorträge. ♦



Jobst

Waren von den zahlreichen Innovationen beeindruckt: Wiens Bürgermeister Michael Häupl und Vizebürgermeisterin Renate Brauner.



privat

Die selbständige Schule

Universitätsprofessor Dr. Ralph Grossmann plädiert für mehr Eigenverantwortung im Schulsystem.

„Selbständigkeit ist ohne Eigenverantwortung nicht zu gewinnen; ohne Entscheidungskompetenz keine Eigenverantwortung.“

Die selbständige Schule ist ein Angelpunkt der Innovation und Kreativität. Selbständigkeit ist ohne Eigenverantwortung nicht zu gewinnen; ohne Entscheidungskompetenz keine Eigenverantwortung. Nur mit den notwendigen personellen und fachlichen Ressourcen kann Eigenverantwortung wahrgenommen werden. Die Steuerung der selbständigen Schule ist über verbindliches Qualitätsmanagement und Controlling sicherzustellen.

Schule hat eine gesellschaftliche Verantwortung. Wenn ein Schulsystem entstehen soll, das den heutigen Anforderungen gerecht wird und selbständige Bürgerinnen und Bürger hervorbringt, die ihr Leben eigenverantwortlich gestalten können, dann muss man eine Schule anstreben, die auch als Ort der Verantwortung konzipiert ist. Die Schuldebatte hingegen ist geprägt von einem Klima der Obrigkeit. Wer hat die politische Macht über die Kompetenz der Lehrer? Wer entscheidet, wer Direktor oder Lehrer an einer Schule wird? Der in der Öffentlichkeit ausgetragene Diskurs ist von solchen Fragen dominiert. Es geht um Macht, um Zuständigkeiten und um parteipolitischen Einfluss.

Seit Jahrzehnten haben Reform- und Expertenkommissionen an einer Reform des österreichischen Schulsystems gearbeitet. Es wurde diagnostiziert, analysiert, Entwicklungspläne wurden konzipiert, innovative Veränderungsvorschläge und zukunftsorientierte Reformpläne entworfen. In kaum einem Forschungsgebiet ist der internationale Forschungsstand so eindeu-

tig wie in Bezug auf ein kreativitätsförderndes Schulsystem, das auch die Beteiligungsreserven einer Gesellschaft für die zukünftigen Aufgaben und den persönlichen Erfolg der Personen mobilisieren kann. Die Umsetzung ins österreichische Regelschulsystem ist bisher an entscheidenden organisatorischen Strukturfragen gescheitert.

Schule als innovative Organisation

Der „Autonomen Schule“ als Organisation – mit ihren Leitungen, ihren Ressourcen und ihrer inneren Struktur – fehlen wesentliche Merkmale einer Organisation. In der Schule kann nicht über wesentliche Fragen entschieden werden, die für ihre Leistung, ihren Erfolg und ihr Überleben wesentlich sind. Nach wie vor ist die innere organisatorische Ausdifferenzierung einer Schule nur durch den persönlichen und zum Teil heroischen Einsatz von einzelnen Personen möglich.

Als hoch ausdifferenzierte Expertenbetriebe haben Schulen ein breites Leistungsangebot zu erbringen, das mit der derzeitigen organisationalen Struktur und den zur Verfügung stehenden Ressourcen nicht möglich ist. Um ihren Aufgaben und den steigenden Anforderungen an das System Schule gerecht zu werden, braucht die Schule auch die notwendigen Voraussetzungen, die ohne Entscheidungskompetenz über die personellen und fachlichen Ressourcen nicht möglich sind.

Schritte der Reform:

» Direktoren sind von politisch unabhän-

gigen Fachleuten im Zusammenwirken mit der Schulverwaltung zu berufen. Schulleiter können sich ihr Personal entsprechend den geforderten Bildungsstandards und dem Schulprofil auswählen, anstellen und den Vertrag mit Lehrern, die diesen Anforderungen fachlich, pädagogisch oder ethisch nicht entsprechen, auch beenden.

» Die zentrale Schulverwaltung steuert über Bildungsziele, lernorientierte Evaluation und wirtschaftliches Controlling. Andere Teile der Schulverwaltung unterstützen die Arbeit in den Schulen als Servicezentren. Personelle Ressourcen in die einzelnen Schulen als Unterstützung der Leitung und der organisatorischen Prozesse zu verlagern.

» Damit sollte im Rahmen von befreiten Zonen schon unter den gegebenen gesetzlichen Rahmenbedingungen für freiwillig daran interessierte Schulen begonnen werden.

Die Wirklichkeit, die man sich wünscht, muss den Gesetzgebungsprozess überholen! ♦

Univ.-Prof. Dr. Ralph Grossmann leitet die Abteilung Organisationsentwicklung und Gruppendynamik der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung (iff) an der Universität Klagenfurt. Am 14. 09.2010 hielt er beim „Österreich 2020“- Bildungstalk III das Eingangsreferat.

TERMINKALENDER

Mittwoch, 29. 9.

Vortrag

Der Wirtschaftshistoriker und emeritierte Professor der University of Nottingham Medical School Richard Wilkinson präsentiert eine von ihm und Kate Pickett herausgegebene, vieldiskutierte Studie, die 2009 im Tolckemitt Verlag erschienen ist. „Gleichheit ist Glück. Warum gerechte Gesellschaften für alle besser sind“ lautet der Titel des in englischer Sprache gehaltenen Vortrags.

Information und Anmeldung:

Tel.: 01/318826020 oder

einladung.kreiskyforum@kreisky.at

Beginn: 19.00 Uhr

Bruno Kreisky Forum,

Armbrustergasse 15, 1190 Wien

Fest

Vizebürgermeisterin und Vorsitzende der Wiener SPÖ-Frauen Renate Brauner, Bundesfrauenvorsitzende der Gewerkschaft PRO-GE Renate Anderl und die Vorsitzende des Jungen Wirtschaftsverbands Wien LAbg. Katharina Schinner laden ein zum „Fest der Frauen“, einem informativen und gemütlichen Abend unter Frauen mit Musik und Buffet. Information und Anmeldung:

Tel.: 01/589 80 423

Beginn: 19.00 Uhr

ega: Frauen im Zentrum

Windmühlgasse 26, 1060 Wien

Donnerstag, 30. 9.



Bildungstalk

Die Bildungstalks mit Bundesministerin Claudia Schmied im Rahmen der von Bundeskanzler Werner Faymann ins Leben ge-

rufenen Initiative „Österreich 2020“ geben Gelegenheit zum Gespräch über bildungspolitische Zukunftsfragen. Das Renner-Institut Vorarlberg lädt ein zu einem Bildungstalk mit dem Thema „Schule 2020 – Mut zu Bildungsreformen“ u.a. mit dem Landesvorsitzenden der SPÖ-Vorarlberg Michael Ritsch und SPÖ-Bildungssprecher Elmar Mayer.

Information und Anmeldung:

Tel.: 05574/582360

Beginn: 19.00 Uhr

Rösslepark

Rösslepark 1, Feldkirch, Vorarlberg

Freitag, 1. 10.

Bildungs- und KulturTalk

Das Renner-Institut Tirol lädt zum Bildungs- und KulturTalk mit Bundesministerin Claudia Schmied. Die Bildungs- und Kulturministerin diskutiert mit Experten zum Thema „Schule für alle. Kultur mit allen“. Mit dabei sind u.a. auch LHstv. Hannes Gschwentner und der Kultur- und Bildungssprecher der SPÖ Tirol Ernst Pechlaner.

Information und Anmeldung:

Tel.: 0512/ 53 660 oder

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Mag. Thomas Geiblinger, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Sophia Schönecker, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: Fotolia, Bildbearbeitung: Max Stohanzl Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275

Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97

Hersteller: LeykamDruck, W. Neustadt,

E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

Einzelpreis: 0,73 Euro; Abo: 21 Euro

office@spoe-tirol.at

Beginn: 13.00 Uhr

Sporthotel Penz,

Fürstenweg 183, Innsbruck, Tirol

Montag, 27. 9. – Samstag, 9. 10.

SPÖ Wien-Tour

Die Wiener SPÖ tourt mit der „Modulbox“ durch die Wiener Gemeindebezirke. Dabei haben Passanten die Möglichkeit, den Spitzenkandidatinnen und -kandidaten des jeweiligen Bezirks Fragen zu stellen oder über diverse Wahlkampf-Themen zu diskutieren. Die Wien-Tour findet zusätzlich zu den zahlreichen Bezirksaktionen noch bis zum 9. Oktober statt.

Die Termine:

- 27. 9.** 19, Kreilplatz von 15-18 Uhr
- 28. 9.** 1, Freyung von 15-18 Uhr
- 29. 9.** 7, Lindengasse von 16.30-18 Uhr
- 30. 9.** 14, Hütteldorferstraße-Reindlgasse-Breitenseerstraße von 15-18 Uhr
- 1. 10.** 16, Brunnenmarkt/Piazzetta von 15-18 Uhr
- 2. 10.** 23, EKZ „Riverside“ Breitenfurterstraße 372 von 14-17 Uhr
- 4. 10.** 17, Elterleinplatz (Alszaubrunnen) von 15-18 Uhr
- 5. 10.** 18, Hammerlingpark von 15-18 Uhr
- 6. 10.** 2, Praterstern-Tegetthoff-Denkmal von 15-18 Uhr
- 7. 10.** 22, Kagranerplatz von 15-18 Uhr
- 9. 10.** 3, Kardinal-Nagl-Platz von 9-12 Uhr

NET NEWS

www.parlament.gv.at

Neue Parlaments-Homepage

Der Webauftritt des Österreichischen Parlaments hat im September einen umfassenden Umbau erfahren – unter der Devise „dynamischer, bürgerlicher und transparenter“ wurde die Homepage von Grund auf neu konzipiert. Bei dem modernen Design wurde dabei besonderes Augenmerk auf eine optimale Benutzerfreundlichkeit und Barrierefreiheit gelegt. So

wurde speziell die Suchfunktion für Multimediainhalte und Debattenbeiträge maßgeblich verbessert.

Als besonderes Highlight hinsichtlich Transparenz bietet die neue Homepage ein sogenanntes „Ampelsystem“, welches den Besuchern anzeigt, an welchem Punkt des parlamentarischen Prozesses sich einzelne Gesetze befinden. ♦





2 Tage ...

... dauerte der Arbeitsbesuch von Verteidigungsminister Norbert Darabos in Kroatien. Schwerpunkte der Unterredung mit Staatspräsident Ivo Josipovic waren der Kampf gegen Korruption und die sicherheitspolitische Situation in Südosteuropa.

28 Polizeibeamte ...

... erhielten vor kurzem vom Wiener Bürgermeister Michael Häupl Einsatzmedaillen des Landes Wien. Häupl betonte, dass Wien eine der sichersten Millionenstädte der Welt sei, was der hervorragenden Arbeit der Polizei zu verdanken sei.



5 Prozent ...

...aller Neuzulassungen sollen bis 2020 Elektroautos sein, so Verkehrsministerin Doris Bures bei einer Pressekonferenz zum Thema „Elektro-Mobilität“. Vorgestellt wurde auch das erste in Großserie produzierte Elektroauto, das seit kurzem in Österreich gekauft werden kann. Mit dabei waren die Direktorin des Technischen Museums Gabriele Zuna-Kratky und der japanische Botschafter in Österreich Akio Tanaka.

8 Erfolge ...

... für die österreichische Verwaltung im Bereich Verwaltungsvereinfachung fasste Staatssekretär Josef Ostermayer vor dem Hintergrund des aktuellen OECD-Österreich-Berichts zusammen. Beim Arbeitsgespräch mit OECD-Generalsekretär Angel Gurría hat man sich auf eine weitere intensive Zusammenarbeit in Sachen Verwaltungsvereinfachung verständigt.

